

INHALT

1. Streit um Lehrkräfteausbildung weitet sich aus
2. Landesrechnungshof stellt Bericht zum Haushalt vor
3. Albig-Regierung macht Vorschlag für Trassenverlauf der Fehmarnbeltquerung
4. Ausbau der A20
5. Stellenabbau bei Polizei gefährdet Sicherheit
6. Innenpolitische Sprechertagung in Erfurt
7. FAK „Agrar und Umwelt“ besucht Naturschutzgebiet Geltinger Birk
8. Ausblick auf Mai-Landtagssitzung

09.05.2014

Streit um Lehrkräfteausbildung weitet sich aus
SPD, Grüne und SSW ziehen Zeitplan durch



Hochschulexperte Daniel Günther, MdL

Obwohl die Grüne Landesvorsitzende Ruth Kastner öffentlich deutliche Zweifel am Entwurf von Ministerin Wende geäußert hatte, stand in der Bildungsausschusssitzung die Koalitionsmehrheit. Die mündliche Anhörung wurde mit den Stimmen der Grünen auf den 25. Juni terminiert. In der Juli-Landtagssitzung soll das Gesetz von SPD, Grünen und SSW verabschiedet werden.

In der Ausschusssitzung hielt Wende einen langatmigen einleitenden foliengestützten Vortrag.

Die von der CDU-Fraktion zeitgerecht vorgelegten Kostenfragen behandelte sie im Schnelldurchlauf. Nachprüfbar Berechnungen legte sie erneut nicht vor.

Allerdings räumte Wende auf Nachfrage ein, dass die Berechnungen ihrer weisungsgebundenen hausinternen Experten nicht unabhängig überprüft wurden. „Jedes Grundschulkind weiß, dass es nicht reicht, das Ergebnis einer Ausgabe als seriös zu bezeichnen. Der Rechenweg muss nachvollziehbar sein“, erklärte CDU-Hochschulexperte Daniel Günther dazu.

Unzählige Fragen seien nach wie vor offen. Der Gesetzentwurf der Landesregierung sei deshalb nicht im Ansatz beratungsreif.

Das koalitionäre Abnicken von Wendes Trauerspiel mit der einzigen Begründung, dass es „um die bestmöglichen Lehrerinnen und Lehrer für unsere Kinder“ gehe, mache ihn fassungslos.

„Diese Sprechblase aus dem Phrasenbalken des Ministerpräsidenten ist keine Begründung, sondern ein absolutes Armutszeugnis“, so Günther.

Landesrechnungshof stellt Bericht zum Haushalt vor CDU fordert mehr Sparsamkeit von SPD, GRÜNEN und SSW



Finanzpolitiker Tobias Koch, MdL

In einer Pressekonferenz hat Landesrechnungshofspräsidentin Dr. Gaby Schäfer heute (9 Mai 2014) den aktuellen Bericht des Rechnungshofes vorgestellt. „Mehr Ehrgeiz beim Abbau des strukturellen Finanzierungsdefizits“ - so lautet die zentrale Mahnung an Landtag und Landesregierung.

Der finanzpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Tobias Koch, kritisierte, dass der von der Landesregierung angestrebte vollständige Abbau des strukturellen Defizits bis zum Jahr 2018 nur auf dem Papier erreicht werde. Die aktuellen positiven Haushaltszahlen seien vor allem auf Einmaleffekte wie zum Beispiel die zusätzlichen Zensusmittel und Buchungstricks der Finanzministerin zurückzuführen. In dem Bericht des Rechnungshofes heißt es dazu: „Ohne diese Komponenten hätte – unter sonst gleichbleibenden Bedingungen – der Abbau im Haushaltsjahr statt 336,3 Millionen Euro lediglich 72,5 Millionen Euro betragen. Es wäre ein strukturelles Defizit von 696 Millionen Euro ausgewiesen worden.“

Zu Recht mahne der Rechnungshof zum wiederholten Male die Beschränkung auf Kern- und

Zukunftsaufgaben an, so Koch. Die Landesregierung müsse endlich mehr Ausgabendisziplin an den Tag legen. "Bislang macht die Landesregierung genau das Gegenteil: SPD, Grüne und SSW haben die Ausgaben in den Jahren 2013 und 2014 um fast 8 Prozent gesteigert. Über die von der Vorgängerregierung beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen hinaus sind keine nennenswerten zusätzlichen Einsparmaßnahmen ergriffen worden", kritisierte der Stormarner Abgeordnete.

Bericht des Landesrechnungshofes:

<http://www.landesrechnungshof-sh.de/file/bemerkungen2014.pdf>

Albig-Regierung macht Vorschlag für Trassenverlauf der Fehmarnbeltquerung CDU warnt vor Blockade durch Naturschutzverbände

Ministerpräsident Torsten Albig hat in dieser Woche das Ergebnis des „Raumordnungsverfahrens“ zur Hinterlandanbindung der Fehmarnbeltquerung vorgestellt. Dieses ist nicht rechtsverbindlich, ersetzt also nicht das Planfeststellungsverfahren.

Die Landesregierung schlägt Bund und Bahn den Bau einer zweispurigen Trasse entlang der A 1 vor. Die bisherige einspurige „Bäderbahn“ soll im Gegenzug stillgelegt, die dortigen Bahnhöfe an die neue Trasse verlegt werden.

Der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Hans-Jörn Arp, und der zuständige Wahlkreisabgeordnete Hartmut Hamerich begrüßten das Ergebnis im Grundsatz. Allerdings müsse eine Anbindung der Ostseebäder mit öffentlichen Verkehrsmitteln weiterhin sicher gestellt werden. „Unsere Ostseebäder brauchen eine Anbindung, die mindestens genauso leistungsfähig ist, wie die heute bestehende“, forderte Hamerich.

Die CDU-Abgeordneten äußerten die Hoffnung, dass die wegen der deutlichen Mehrkosten notwendigen Verhandlungen nicht durch die ständigen Querschüsse des Ministerpräsidenten in Richtung der Großen Koalition auf Bundesebene beeinträchtigt werden.

Naturschutzverbände kritisierten den Trassenverlauf. Dieser streife zahlreiche Schutzgebiete. Unter anderem gebe es an der Trasse Haselmauspopulationen. CDU-Verkehrsexperte Arp warnte vor einer Abnahme der Akzeptanz von Natur- und Tierschutzbestimmungen, wenn diese ausgenutzt würden, um von der überwiegenden Mehrzahl der Menschen gewollte Projekte zu blockieren und zu verhindern.

„Bei allem Verständnis für den Tierschutz: Wenn als Konsequenz mehr als 150 Züge pro Tag durch unsere Tourismusstandorte donnern sollen, damit die Umsiedlung einer Haselmauspopulation verhindert wird, dann läuft etwas verkehrt“, so der CDU-Abgeordnete.

Die Übersichtskarte zum Trassenverlauf:

http://www.schleswig-holstein.de/STK/DE/Schwerpunkte/Landesplanung/AktuelleProjekte/RaumordnungFehmarnbelt/gesamtrasse_aenderungen_karte_uebersicht_blob=publicationFile.jpg

Weitere Informationen:

http://www.schleswig-holstein.de/STK/DE/Startseite/Artikel/140506_ROV_Abschluss_Fehmarnbelt.html

Ausbau der A20

Versprechen der Koalition endgültig geplatzt

Diese Woche gab das SPD-geführte Verkehrsministerium bekannt, dass die A20 vor 2017 nicht weitergebaut werden wird. Staatssekretär Frank Nägele nannte als Grund den vom Bundesverwaltungsgericht verhängten Baustopp. Die Abschnitte müssten im Hinblick auf Fledermaus- und Artenschutz neu geplant werden.

Der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Hans-Jörn Arp, kritisierte diese Entscheidung scharf: „Die Regierung macht sich unglaublich, wenn sie Versprechen aus dem Koalitionsvertrag nicht einhält. Die vorgeschobenen Gründe sind haltlos. Von der A7 bis zur Elbe wird der Bau nicht von den Fledermäusen behindert, sondern ausschließlich von den Grünen.“

Arp forderte die Landesregierung auf, den A20 endlich in die Tat umsetzen.

Zudem gab Verkehrsminister Meyer in dieser Woche bekannt, den geplanten Elbtunnel doch nicht von einer staatlichen Projektgesellschaft bauen zu lassen, wie er es noch im Februar angekündigt hatte. Laut Medienberichten hat Finanzministerin Monika Heinold sich erneut mit ihren Bedenken durchgesetzt. Anstatt nun aber auf private Investoren zu setzen, schiebt Meyer die Verantwortung nach Berlin.

Stellenabbau bei Polizei gefährdet Sicherheit

CDU fordert Stopp der Streichungspläne

120 Polizeistellen sollen nach den Plänen von SPD, GRÜNEN und SSW wegfallen. Für die CDU-Landtagsfraktion sind die geplanten Kürzungen mit Blick auf die innere Sicherheit nicht hinnehmbar. In einem aktuellen Antrag fordert die Unionsfraktion darum die Landesregierung auf, von den Streichungsplänen Abstand zu nehmen.

„Unsere Polizeikräfte sind ständig am Limit. Damit geht jede Stellenstreichung unmittelbar auf Kosten der Sicherheit. Das ist nicht zu verantworten“, erklärte die polizeipolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Astrid Damerow diese Woche in Kiel.

Aktuelle Medienberichte geben ihr und der CDU-Fraktion Recht: So wurde am Donnerstag (8. Mai 2014) bekannt, dass die Polizeidirektion Ratzeburg im Kampf gegen steigende Einbruchsdiebstähle bereits heute schon regelmäßig sogenannte „Gefahrengebiete“ einrichtet, um die Straftaten trotz der knappen Personaldichte effektiv verfolgen zu können. Im landesweiten Vergleich nimmt der Kreis Stormarn – mit 1.018 gemeldeten Einbrüchen im vergangenen Jahr – einen traurigen Spitzenplatz ein. „Wenn gesetzlich vorgesehene Notmaßnahmen zur Regel werden, was will die Landesregierung dann eigentlich im Notfall machen?“, so Damerow. Stormarn steht im Land nicht alleine da. Auch die Polizei in Neumünster macht laut eines Zeitungsberichts seit fünf Jahren vom Instrument des Gefahrengebietes Gebrauch.

„Diese drastische Maßnahme beweist eindeutig, dass die Polizei mit ihrem bestehenden Personal nicht in der Lage ist, die Menschen ausreichend zu schützen“, kritisierte der Stormarner CDU-Landtagabgeordnete Tobias Koch.

Link zum Antrag der CDU-Fraktion:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1800/drucksache-18-1855.pdf>

Innenpolitische Sprechertagung in Erfurt

Verfassungsfeindliche Personen von politischen Wahlämtern fernhalten

Die innenpolitischen Sprecher von CDU und CSU haben heute auf ihrer zweitägigen Konferenz in der Thüringischen Landeshauptstadt eine „Erfurter Erklärung“ verabschiedet. Darin fordern sie ein stärkeres Bewusstsein für den hohen Wert von öffentlicher Sicherheit und Ordnung. Für die schleswig-holsteinische CDU-Fraktion nahm Petra Nicolaisen als innenpolitische Sprecherin an der Konferenz mit dem Leitthema „Freiheit schützen, Sicherheit stärken“ teil.

In ihrer „Erfurter Erklärung“ beschlossen die Konferenzteilnehmer, alle rechtsstaatlichen Möglichkeiten auszuschöpfen um, verfassungsfeindliche Personen von politischen Wahlämtern fernzuhalten.

„Eine wehrhafte Demokratie darf nicht zulassen, dass sich Extremisten in der Mitte unserer Gesellschaft breit machen,“ erklärte die innenpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Petra Nicolaisen. Wer gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung eintrete, müsse von der Mitbestimmung der Geschicke unser Gemeinden und unseres Landes ferngehalten werden.

Darüber hinaus fordern die Innenpolitiker ein Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung unter Berücksichtigung der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes:

„Unser Rechtsstaat braucht für eine effektive Bekämpfung von schwerer und schwerster Kriminalität gesetzliche Mindestspeicherfristen, damit kriminelle keinen Vorsprung gegenüber den Strafverfolgungsbehörden haben,“ so Nicolaisen.

Die dritte Forderung der Erfurter Erklärung ist die Abschaffung des Richtervorbehalts bei Blutentnahmen. Nicolaisen: „Gerade in Flächenländern ist ein Abwarten einer richterlichen Entscheidung zwangsläufig oft mit unvermeidbaren zeitlichen Verzögerungen verbunden, die wegen des Blutalkoholabbaus einen Beweismittelverlust zur Folge haben und auch die Betroffenen unnötig belasten.“



Innenpolitikerin Petra Nicolaisen mit den Teilnehmern der Innenpolitischen Sprechertagung in Erfurt

FAK „Agrar und Umwelt“ besucht Naturschutzgebiet Geltinger Birk

Naturschutz geht auch mit den Menschen

Auf Wunsch des Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion, Johannes Callsen, und auf Einladung der scheidenden Vorstandsvorsitzenden der Stiftung Naturschutz, Herlich Marie Todsens-Reese, besuchte der Fraktionsarbeitskreis „Agrar und Umwelt“ die Geltinger Birk.

Unter fachkundiger Führung durch das geschäftsführende Vorstandsmitglied Dr. Walter Hemmerling und den Stationsleiter Nils Kobarg informierten sich die Abgeordneten über Werden und Stand der Geltinger Birk. In dem rund 770 Hektar großen Naturschutzgebiet strömt seit Herbst wieder kontrolliert Ostseewasser ein. So werden seltene Lebensräume erhalten oder entstehen sogar neu.

„Die Geltinger Birk in ihrem jetzigen Zustand ist über Jahrzehnte in enger Verzahnung mit den Menschen in der Region und durch gegenseitiges Vertrauen entstanden. Dies ist vor allem der Verdienst der Handelnden vor Ort. Durch das erarbeitete Vertrauen ist ein Vorzeigeprojekt der Stiftung Naturschutz entstanden, das beispielgebend für andere Regionen steht,“ so Callsen und Rickers.



v.l. Heiner Rickers, Hauke Göttsch, Paul Trumpf, Herlich Marie Todsens-Reese, Johannes Callsen, Nils Kobarg und Dr. Walter Hemmerling

Ausblick auf Mai-Landtagssitzung

Lehrerbildung, Europawahl, Polizeiversorgung und Albigs Straßen-Soli bestimmen die Tagesordnung

Die CDU-Fraktion hat eine Reihe von Anträgen auf den Weg gebracht, die vom 14. bis 16. Mai im Landtag beraten werden. Neben den parlamentarischen Initiativen der CDU zur Lehrerbildung und Polizeiversorgung wird die anstehende Europawahl den Landtag beschäftigen.

Zudem wird sich das Landesparlament in der kommenden Woche mit dem umstrittenen Vorstoß von Ministerpräsident Albig befassen, Autofahrer mit einer zusätzlichen Abgabe zu belasten. In einem entsprechenden Antrag erteilt die CDU-Fraktion dem sogenannten Schlagloch-Soli eine klare Absage.

Sonderfonds „Reparatur Deutschland“ ablehnen:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1800/drucksache-18-1863.pdf>

„Europawahl am 25. Mai 2014: Das Europäische Parlament stärken – Chancen auf Mitbestimmung nutzen!“

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1800/drucksache-18-1853.pdf>

„Den schleswig-holsteinischen Mittelstand fit machen für den europäischen und den weltweiten Wettbewerb“

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1800/drucksache-18-1865.pdf>

V.i.S.d.P
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Dirk Hundertmark, Pressesprecher
Tel.: 0431/988-1440
dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de